

Eberhard Syring: Insel mit Boulevard – Über die Architektur der Universität Bremen

(1) Wie andere kulturelle Disziplinen ist auch die Architektur in gewisser Weise ein Spielbild allgemeiner Zeitströmungen politischer, ökonomischer oder gesellschaftlicher Art. Aufgrund der materiellen Langlebigkeit und des ökonomischen Aufwands, die Architektur auszeichnen, vollziehen sich allgemeine Paradigmenwechsel im Bereich des Bauens allerdings langsamer als in anderen Medien. So gibt es immer wieder Phasen der „Ungleichzeitigkeit“ zwischen der Bauproduktion und sich ankündigenden und zum Teil vollziehenden gesellschaftlichen Umbrüchen. Mit einer solchen Umbruchphase hatten wir es in den 1960er und 1970er Jahren zu tun. Die sich konzentrierenden Ereignisse des Jahres 1968 haben dieser Umbruchphase später den Namen gegeben. Es ist die Zeit in der die Universität Bremen geplant und gebaut wurde.

Aus Sicht der Architekturgeschichte hat sich für die Bauproduktion der 1960er und frühen 1970er Jahre der Begriff „Spätmoderne“ herausgebildet. Diese spätmoderne Architektur unterschied sich von der bald so genannten Klassischen Moderne der 1920er und frühen 1930er Jahre, deren sozialreformerischen Impulse ihr abhandengekommen waren. Sie unterschied sich aber auch von der Nachkriegsmoderne der 1950er Jahre und deren formaler Verspieltheit. **(2)** Formal ließe sich das Spektrum dieser spätmodernen Architektur aus einer groben Orientierung an den Spätwerken zweier Heroen der klassischen Moderne, Mies van der Rohe und Le Corbusier, beschreiben. Also zum einen eine perfektionierte Sachlichkeit, die sich vor allem im Bürohausbau als „Internationaler Stil“ durchsetzte, zum anderen eine auf Plastizität und die haptische Qualität grob verarbeiteter Materialien, vor allem Sichtbeton, setzende Architektur, für die der positiv gemeinte, aber im deutschen Sprachgebrauch leicht missverständlichen Begriff „Brutalismus“ geprägt worden war.

(3) Mit diesen beiden formalen Bezugsquellen lässt sich die Bauproduktion der Spätmoderne grob eingrenzen, natürlich mit der Einschränkung, dass die bebauten Produkte in ihrer ästhetischen Qualität den jeweils gewählten Vorbildern oft in vielem hinterherhinkten. Doch diese grobe Charakterisierung muss noch um zwei Punkte ergänzt werden. Erstens ist es zu kurz gedacht, die Architektur der Moderne insgesamt ohne die städtebaulichen Entwicklungen zu betrachten, auf die Architekten selbst maßgeblich Einfluss genommen hatten. **(4)** Die Rede ist von der „Charta von Athen“ die von der CIAM, der Ende der 1920er Jahre gegründeten internationalen Vereinigung von Avantgardisten der modernen Architektur, formuliert worden war. Die in der Charta von Athen vorgeschlagenen Maßnahmen, basierten auf einer Trennung der städtischen Funktionen Wohnen, Arbeiten, Verkehr und Freizeit. Dieser Gedanke hat den Städtebau der Nachkriegszeit entscheidend geprägt, vor allem in Städten, die, wie Bremen, von starken Kriegszerstörungen betroffen waren. **(5)** Der erste bremischen Bausenator nach dem Krieg, Emil Theil, formulierte es so: „Die zerstörten Stadtteile sind völlig neu zu gestalten, um die nötige Auflockerung zu erreichen, die Straßen zu verbessern und den für die Grünanlagen und Plätze erforderlichen Raum zu gewinnen. Die Flächenaufteilung der Gebiete soll nach dem Grundsatz der Trennung der einzelnen Funktionen der Arbeit, des Wohnens, des Verkehrs, der Erholung, der Kultur und der Verwaltung erfolgen.“ Für dieses Prinzip bildete sich in Deutschland auch die Formel von der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ aus.

(6) Der zweite Ergänzungspunkt zu einer rein stilistischen Betrachtung der Architektur der Spätmoderne betrifft eine immer stärker in dem Mittelpunkt rückende Tendenz zur Rationalisierung, Typisierung und Funktionalisierung der Architekturproduktion, durch die die klassischen Kriterien der Architekturästhetik, wie Proportion, Ortsbezug oder menschlicher Maßstab deutlich ins Hintertreffen gerieten. Von ihren Kritikern wurde diese Tendenz gern als „Bauwirtschaftsfunktionalismus“ bloßgestellt. Und in der Tat waren die großen Wohnungsbaukonzerne, allen voran die Neue Heimat, sowie die Bauindustrie, die sich auf vorgefertigte Bausystem zu spezialisieren begann, entscheidende Treibriemen dieser Entwicklung, die auf der anderen Seite auch auf eine rege Nachfrage aus der Politik stieß, um erkannte strukturelle Defizite im Wohnungsbau, zunehmend aber auch im Schul- und Hochschulbau zu überwinden.

Technische Hochschulen begleiteten diese Entwicklung wissenschaftlich. Als führende wissenschaftliche Institution im Bereich des Hochschulbaus galt damals der 1961 gegründete Lehrstuhl für Hochschulbau an der Technischen Hochschule Stuttgart. Sein Inhaber, Horst Linde, hatte die Bremer schon im Januar 1965 auf Einladung von Bausenator und Bund Deutscher Architekten (BDA) über neue rationale Verfahren im Hochschulbau informiert. **(7)** Im Juni 1966 machte eine vom Bundesverband der deutschen Zementindustrie finanzierte Wanderausstellung über rationalen Schul- und Hochschulbau in der Bremer Stadthalle Station. „Erst der Beton hat uns die Möglichkeit gegeben, Dinge zu machen, die aus dem alten Material gar nicht formbar gewesen wären“, formulierte der Leiter des 1965 gegründeten Bremer Universitätsbauamtes, Otto Freese, zur Ausstellungseröffnung mit Blick auf die bevorstehende Aufgabe in Bremen – der Universitätswettbewerb wurde drei Monate später ausgeschrieben. Freese war zuvor Leiter des Freiburger Universitätsbauamtes I gewesen.

Aber bevor ich spezifischer auf die Situation in Bremen eingehe, muss ich noch einmal allgemeiner ausholen: Gegen den mit dem Begriff „Spätmoderne“ umschriebenen Status quo der Entwicklung in Architektur und Städtebau waren bereits seit den frühen 1960er Jahren Gegenstimmen in der bürgerlichen Öffentlichkeit vernehmbar geworden. **(8)** Jane Jacobs Streitschrift „Tod und Leben großer amerikanischer Städte“ von 1961 wandte sich gegen die zunehmende Stadtzerstörung durch so genannte Flächensanierungen. In Deutschland erlangte Alexander Mischerlichs Streitschrift „Die Unwirtlichkeit unserer Städte“ große Bedeutung. Zum Auftakt der 11. Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Augsburg hatte sich der Baseler Sozialforscher Edgar Salin 1960 in einem richtungweisenden Vortrag mit der Geschichte und Bedeutung der Urbanität von der Antike bis zur Gegenwart befasst. Er definierte Urbanität dabei als eine kultivierte Form der aktiven Teilhabe der Bürger an den Belangen der Stadt. 1961 verfasste der Göttinger Soziologe Hans Paul Bahrtdt das Buch „Die moderne Großstadt“, in dem er die Charakteristik der städtischen Lebensform (Urbanität) als Polarität und Wechselwirkung von Öffentlichkeit und Privatheit beschrieb. Beide Wissenschaftler vertraten die Auffassung, dass in den deutschen Städten des Wiederaufbaus mit ihrer Funktionstrennung, Auflockerung, Ausweitung (Landschaftsverbrauch), Aushöhlung des Zentrums, aber auch mit ihrer Nachbarschaftsideologie Urbanität im Schwinden begriffen sei.

(9) Zur Ironie der Geschichte gehört, dass der als kritisches Korrektiv ins Spiel gebrachte Urbanitätsbegriff von den Protagonisten der architektonischen und städtebaulichen Spätmoderne adaptiert wurde. Mit dem griffigen Etikett „Urbanität durch Dichte“ wurden nun Großsiedlungen am Stadtrand wie das Märkische Viertel in Berlin oder Osterholz-Tenever beworben, aber auch Flächensanierungen begründet. So war beispielsweise bei der im Rahmen der Mozarttrassen-Planung durchgeführten Flächensanierung im Bremer Ostertorviertel eine Verdoppelung der Bevölkerungszahl in diesem Viertel mit Hilfe einer hochverdichteten Bebauungsstruktur vorgesehen.

(10) Zurück zur Planung der Bremer Universität. Die 1961 vorliegende Denkschrift „Über die Gründung einer Universität zu Bremen“ des Göttinger Wissenschaftlers Hans Werner Rothe kann als die erste konkrete Planungsstufe für die zehn Jahre später eröffnete Universität angesehen werden. Das 375 Seiten umfassende Werk wurde (auch in den überregionalen Medien) positiv aufgenommen. Es sei „so grundsätzlicher Natur, daß es auf alle bestehenden Hochschulen und auf alle Neugründungen ausstrahlen wird“, schrieb die Süddeutsche Zeitung. Rothe dachte dabei an eine moderne Variante angelsächsischer Campus-Universitäten. „Die Atmosphäre vertiefter geistiger Arbeit, die in einem aus dem inneren Wesen der Universität heraus gestalteten Campus herrscht, ist selbst ein bedeutender Bildungsfaktor“, heißt es in der Denkschrift. Die Bremer Nachrichten präsentierten in einem Sonderdruck zur Veröffentlichung der Schrift ein Schaubild, das den „idealen Campus“ darstellte. **(11)** Auf einem innenstadtnahen Grundstück sollten, so Rothe, die zunächst 5.500 Studierenden und die Lehrenden eine Art Lebensgemeinschaft auf Zeit bilden. Als ein gelungenes Beispiel führte Rothe unter anderem den Campus der Universität im dänischen Aarhus aus den 1930er Jahren an.

Wäre dieses Vorbild auf Bremen übertragen worden – die Universität Aarhus liegt knapp einen Kilometer vom Stadtzentrum entfernt – dann hätte die neue Bremer Universität auf dem Stadtwerder oder im Weidedammgebiet gebaut werden müssen. Ein fußläufig zur Innenstadt gelegenes Grundstück mit ausreichendem Entwicklungspotential – man hatte 1962 einen Flächenbedarf von 300 Hektar errechnet – wurde aber nicht gefunden. **(12)** Ein entsprechend großes Grundstück fand man bekanntlich nördlich des Stadtwaldes, rund sechs Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Die Stadt erwarb die zuvor als Viehweiden genutzte Fläche 1964. **(13)** Im September 1966 wurde ein vom Universitätsbauamt vorbereiteter „Ideenwettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen für einen Generalbebauungsplan“ ausgeschrieben. In ihrer Programmatik war diese Ausschreibung deutlich von damals vorherrschenden Standards rationalisierter Verfahren im Hochschulbau geprägt. „Der Umfang der Bauvolumens“, heißt es im Ausschreibungstext, „verlangt Rationalisierung in Planung, Ausführung und in der Bauunterhaltung durch weitgehende Typisierung“. Die Campusidee war in der Ausschreibung noch im Ansatz zu erkennen. So sollten 2000 Wohnheimplätze für Studierende „in nächster Nähe zur Universität“ geschaffen werden sowie einige Wohnungen für Professoren. Allerdings sei „die Zusammenfassung aller Studentenheime zu einem Studentendorf nicht erwünscht“ – anders als das noch der „ideale Campus“ von Hans Werner Rothe 1961 vorsah. Statt einer autonomen akademischen Sphäre rückte die Idee der, wie es nun hieß, „stadtbezogenen Universität in Stadtrandlage“ in den

Blickpunkt. „Im Gegensatz zur echten amerikanischen Campus-Universität bekommt sie in Bremen eine Lage, die auf lange Sicht die Einbeziehung in das wachsende Stadtgebiet ermöglicht“ – so die Erläuterung in der Ausschreibung.

(14) Die Resonanz der Architekten war beachtlich. Die Jury hatte im Juni 1967 128 eingereichte Entwürfe zu bewerten. Da gleich neun Arbeiten – jeweils drei in drei Rangstufen – ausgezeichnet wurden, wird deutlich, dass die ganz überzeugende Lösung wohl nicht gefunden wurde. Das Universitätsbauamt mit seinem höchst selbstbewussten Leiter Freese hatte außer Konkurrenz einen eigenen Entwurf erarbeitet, der ebenfalls in der Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse gezeigt wurde. Wenn man die prämierten Wettbewerbsarbeiten mit dem vergleicht, was dann Anfang der 1970er Jahre als Zentralbereich der neuen Universität baulich umgesetzt wurde, erkennt man eine Mischung aus zwei Entwurfsideen. **(15)** Von dem Entwurf des Universitätsbauamts wurde die Lage des Zentralbereichs etwa in der Mitte zwischen den beiden Haupterschließungsachsen Parkallee und verlängerte H.-H.-Meier-Allee übernommen und von dem Entwurf der Stuttgarter Architekturbüros Behnisch und Partner die städtebauliche Grundidee der Bremer Universität mit den zwei sich kreuzenden Hauptverkehrsachsen. Die Architekten hatten dafür das Bild der mittelalterlichen Zähringen Stadtgründungen (die bekanntesten: Bern und Freiburg/Breisgau) bemüht, die sich um zwei sich kreuzenden Hauptstraßen herum entwickelten. Nur sollte dieser Gedanke in Bremen modern interpretiert werden. Was bedeutete: Trennung der Verkehrsarten auf verschiedene Ebenen. Für den öffentlichen Personennahverkehr und den Autoverkehr war das Bodenniveau vorgesehen – die in Nord-Süd-Richtung verlaufende heutige Bibliothekstraße –, für die Fußgänger die in Ost-West-Richtung verlaufende Achse rund viereinhalb Meter darüber. Auch der immer etwas euphemistisch anmutenden Name dieser Achse: „Boulevard“ stammt von den Stuttgarter Architekten. Man sieht an diesem Entwurf, dass im Kontext der spätmodernen Architekturauffassung Urbanitätsansprüche zumindest in Form von Raumbildern wie Zähringerstadt und Boulevard metaphorisch Relevanz beanspruchten.

Ein ins Auge gefasster Baubeginn im Herbst 1968 verzögerte sich vor allem aus zwei Gründen. Zum einen gab es inhaltlichen Differenzen und personelle Fluktuation im Gründungssenat – mithin ein Prozess, in dem sich erst allmählich das Modell der „Bremer Reformuniversität“ herauschälte. Zum anderen ergab sich unmittelbar nach Bekanntgabe der Wettbewerbsergebnisse überraschend städtebaulich eine veränderte Sachlage. **(16)** Richard Boljahn, Aufsichtsratsvorsitzender der Neuen Heimat Bremen und SPD-Fraktionsvorsitzender, der als Sachpreisrichter auch in der Jury vertreten war, stellte der Öffentlichkeit im August ein Projekt der Neuen Heimat und anderer Wohnungsbauunternehmen vor: Man wolle im Hollerland, nördlich der geplanten Universität, einen neuen Stadtteil für 50.000 Einwohner entstehen lassen. „Butendiek“ solle das Projekt heißen, später nannte man es „Hollerstadt“. Das Areal war seit 1964 unauffällig, um Spekulationen zu vermeiden, wie es hieß, Stück für Stück aufgekauft worden. Diese Nachricht veränderte die Ausgangslage erheblich. Nun lag die geplante Universität nicht mehr am Stadtrand, sondern wurde Auftakt bzw. Bestandteil eines gewaltigen

Stadterweiterungsprojektes. Man muss wissen: die Stadtplanung ging Ende der 1960er Jahre noch von einer Bevölkerungszunahme der Stadt auf 750.000 bis 800.000 Einwohner aus.

Plötzlich stand die Frage einer Verflechtung von Universität und neuem Stadtteil im Raum – also die Frage, ob nicht Teile der Wohnbauflächen auf dem Uni-Areal und Teile der Universität nördlich der Blocklandautobahn verwirklicht werden sollten? Um diese Frage zu klären, wurden alle neun 1967 prämierten Teams im Mai 1968 um gutachterliche Stellungnahmen gebeten, ob und in welcher Weise eine „Verflechtung“ von Universität und Hollerstadt möglich und erwünscht sei. **(17)** Die Neue Heimat finanzierte das Verfahren mit 120.000 DM. Zunächst sprachen sich die Uni-Planer für eine „gemäßigte Verflechtung“ aus. Schließlich setzte sich aber die Fraktion in der Obergutachterkommission – unter ihnen der Stuttgarter Hochschulplaner Horst Linde – durch, die sich gegen eine Durchmischung der Universität mit dem neuen Stadtteil aussprach. Die Argumentation: Durch eine Vermischung mit Wohnnutzungen werde die Dispositionsfreiheit in der Universitätsplanung eingeschränkt. Die Universität solle nach dem Vorbild eines modernen Großbetriebes organisiert werden, wobei entscheidend sei, die innerbetrieblichen Wege so kurz wie möglich zu halten. Den Studierenden und den übrigen Universitätsangehörigen könne durchaus zugemutet werden, für die Wege zur Universität und von dort zu den Geschäften ein privates oder öffentliches Verkehrsmittel zu benutzen.

(18) Doch ganz so schnell wollte die Neue Heimat nicht aufgeben. Kurz bevor die Diskussion über die Hollerstadt im Sommer 1969 im Baulandskandal unterging und das Projekt insgesamt ad Acta gelegt wurde, hatte die Hamburger Planungsabteilung des Wohnbaukonzerns dem Gründungssenat der Universität ein Konzept für eine „Universitätsstadt“ vorgelegt. Die Pläne und das Modell ließen eine megalomaneische Großstruktur erkennen, die sich über eine Länge von rund fünf Kilometern von der Kulenkampff-Allee in Schwachhausen bis zur Wümme erstreckte. Gründungssenatspräsident Prof. Walther Killy hielt diese Pläne für bemerkenswert – auch im Sinne einer „gemäßigten Verflechtung“. Sein Vorschlag, sie in der Gründungssenatssitzung am 18. 6. 1969 zu diskutieren, lehnten andere Mitgliedern des Gremiums ab. So konnten sie lediglich zur Ansicht aufgehängt werden. Im Nachhinein sind sie eine der wenigen bildhaften Darstellungen, die zeigen, wie die Hollerstadt respektive Universitätsstadt vielleicht ohne Baulandskandals geworden wäre.

(19) Nun ist es interessant zu erfahren, welche Position die studentischen Vertreter, seit 1968 im Gründungssenat, zu Verflechtungsfrage einnahmen. Unter diesen Vertretern waren auch die beiden Hamburger Studenten Detlev Albers und Gert Hinnerk Behlmer, die ein Jahr zuvor das wohl berühmteste Transparent der studentischen Protestbewegung präsentiert hatten: „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“. Vor allem Albers engagierte sich in Bremen stark für die architektonisch-städtebaulichen Fragen der neuen Universität. Die Studierendenvertretung sprach sich sowohl gegen die Pläne der Neuen Heimat aus, weil sie – wohl nicht zu Unrecht – befürchteten, dass hinter den Eigeninteressen des Wohnungskonzerns die Interessen der Universität zweitrangig werden könnten. Sie sprachen sich aber auch gegen eine isolierte Entwicklung der Universität aus, wie sie die

Hochschulplaner um Horst Linde und Universitätsbauamtsleiter Freese vertraten. Ihr Argument (ich zitiere aus einem Protokoll des Verbands Deutscher Studentenschaften vds, die die studentischen Vertreter in den Gründungssenat entsandt hatten): „Zu deutlich schimmert hier noch die alte, 1933 in der legendären Charta von Athen postulierte Funktionalismustheorie (Entmischung nach Funktionen, wohnen, arbeiten, sich erholen, sich bewegen) durch. Was dabei herauskam, war daher auch noch nicht Verflechtung, sondern allenfalls näherer Kontakt, Polarität, wechselseitige Beziehung, die aber an der im Grundsatz kritisierten monofunktionalen Nutzung großer Geländeteile nicht rüttelte. Wissenschaftlich zu belegen sein wird, daß `Eigengesetzlichkeit` eines Lebensbereiches aus wohnen – studieren – einkaufen – sich erholen – politische Aktivität und sich vergnügen größere Bedeutung im befristeten Leben eines Professors oder Studenten hat als die `Eigengesetzlichkeit` der Organisation Universität.“

Als wissenschaftliche Referenzen für ihre Position führten die Studentenvertreter auch von mir eingangs erwähnte AutorInnen wie Jane Jacobs, Alexander Mitscherlich und Hans Paul Bahrnt an. Zu Bahrnt gab es sogar einen direkten Kontakt. Auf einer Sitzung des Gründungssenats in Göttingen am 13. 11. 1968 war er als Experte dazu geladen. Im Protokoll ist zu lesen, Bahrnts „Vorschläge, den Universitätskomplex mit Bauten zu durchsetzen, die nichts mit der Universität zu tun haben, einen belebten Straßenzug durch die Universität mit Nahversorgungszentrum, mit Geschäftshäusern und Wohnungen, führten mitten hinein in die grundsätzliche Kritik an der Nachkriegsbauplanung und den Architekten“. Man sieht: In Bezug auf Architektur und Städtebau war das Projekt der Bremer Reformuniversität stark von dem Gedanken getragen, eine räumliche und funktionale Isolation der neuen Universität – die Studentenvertreter sprachen von „Universitätsghetto“ – zu vermeiden. So erschien es folgerichtig, dass das von Bahrnt geleitete Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) im März 1969 vom Gründungssenat den Auftrag für ein Gutachten „Verflechtung Universität – Stadt“ erhielt, das bereits im Mai 1969 veröffentlicht wurde.

(20) Das Gutachten begann mit einer „Kritik der in Bremen diskutierten Verflechtungsbegriffe“. Die Hauptkritik galt dem Verflechtungskonzept des Universitätsbauamtes und ihrem Leiter Otto Freese, dem vorgeworfen wurde, weiter den Prinzipien eines „längst obsolet gewordenen Funktionalismus der dreißiger Jahre“ zu folgen. Außerdem sei er mit seinem Universitätskonzept nicht auf der Höhe der hochschuldidaktischen Diskussion. Es folgte eine Explikation jenes Verflechtungsbegriffs, den die Autoren des Gutachtens vertraten. In einem etwas geschraubten Fachjargon gelangen die Verfasser schließlich zu einem Plädoyer „für eine sinnlich erfahrbare Nahwelt, die eine Auslastung des menschlichen Rezeptionsvermögens verbindet mit hohem Abwechslungsgrad der Angebotsvielfalt, um psychische Schäden zu verhindern und der Reduktion menschlicher Entfaltungschancen, die durch die Verabsolutierung abgespaltener Momente entsteht, entgegenzuwirken.“

In konkreten stadtentwicklungspolitischen Sinn zielten die Vorschläge des Gutachtens auf ein Modell, das die Universität als Teil eines quer zur Weser verlaufenden „urbanen Entwicklungsbandes“ verstand. Innerhalb dieses Bandes sollte es um die Schaffung räumlich-

sozialer Beziehungen zwischen universitären und gesamtstädtischen Einrichtungen bis hin zu Dependancen der Universität im übrigen Stadtgebiet gehen. Vom Gründungssenat wurde das Gutachten in seiner Sitzung am 18. 6. 1969 mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Zwar begrüßten seine Mitglieder grundsätzlich eine Verflechtung, doch befürchteten sie zugleich, dass diese zusätzliche Kosten erzeuge, die zu einer Verzögerung des Universitätsbaus führen könnten. Der Vorsitzende Walther Killy kritisierte, dass hier lediglich „die Ideologie der akademischen Isolierung durch die Ideologie der total verflochtenen Kommunität“ ersetzt werde. Pragmatisch sprach er von einer gewünschten „maßvollen Verflechtung“, und der Gründungssenat gab der Stadtplanung und dem Universitätsbauamt den Auftrag, eine städtebauliche Verflechtung zu entwickeln, die über die Nahtstellen hinausgeht. Als wünschenswerte städtische Einrichtungen auf dem Unigelände wurden Wohnungen, Geschäfte, Gaststätten und nicht störendes Gewerbe empfohlen.

(21) Das Universitätsbauamt setzte 1970 den Auftrag des Gründungssenats um und stellte den sogenannten „Plan D“ vor, der zusammen mit Preisträgern des Wettbewerbs entwickelt worden war. Man erkennt auf diesem Plan eine kammartige Anordnung der Hochschulbauten entlang des in Ost-West-Richtung verlaufenden erhöhten „Boulevards“. Das Zentrum mit der Bibliothek befindet sich am Kreuzungspunkt von „Boulevard“ und Nord-Süd-Erschließungsstraße, der späteren Bibliothekstraße. Der Wandel in der Bauauffassung wird erkennbar durch drei „Wohncluster“ am Nord-, Süd und Ostrand der Universität, die direkt mit dem Zentrum verbunden sein sollten. Die Westseite des Universitätsbandes blieb potenziellen Erweiterungen von Hochschulgebäuden vorbehalten. In den bis zu sieben Geschossen hohen verdichteten Wohnstrukturen war Raum für 10.000 Wohnungen.

Der Plan D zeigt deutlich, dass es trotz der prinzipiellen Verflechtungsdebatten auch ganz konkreten Planungs- und Handlungsbedarf gab, sollte sich der Bau nicht endlos verzögern. Längs hatte das Universitätsbauamt, wie der Plan erkennen lässt, die Struktur des Zentralbereichs festgelegt, der als erste Baugruppe zum Wintersemester 1972/73 fertig gestellt sein sollte. **(22)** Vor dem Baubeginn war aber erst ein aufwändiger Bodenaustausch erforderlich, um die statische Tragfähigkeit für die Universitätsbauten zu gewährleisten. Eine zwei bis zweieinhalb Meter dicke Torfschicht musste zunächst ausgekoffert werden. Als Ersatz dafür sowie für eine Aufhöhung des Geländes mussten 2 Millionen Kubikmeter Sand aus einem Baggersee am Westrand des Unigeländes (dem späteren Unisee) gewonnen werden.

(23) Nach einer Besichtigungsreise zu anderen neuen Universitäten hatten sich die Planer des Universitätsbauamtes entschieden, nicht, wie etwa bei der Universität Bochum, eine Bebauungsstruktur wie aus einem Guss, sondern individuellere Lösungen für die einzelnen Bauteile zu finden. Die einzelnen Bauten sollten zum Teil vom Universitätsbauamt entworfen werden, zum Teil von freien Architekten, in der Regel Preisträger des Wettbewerbs von 1967. Eine vereinheitlichende Struktur entstand gleichwohl durch die Entscheidung, die Haupteinschließung der Gebäude auf die Ebene 1, den Boulevard, zu legen. Das Erdgeschoss blieb als sogenannte Ebene 0 weitgehend der technischen Infrastruktur der Anlage vorbehalten.

(24) Diese weitreichende Entscheidung wurde hauptsächlich mit der Kostenersparnis durch den Verzicht auf eine Unterkellerung begründet. Sie entsprang aber auch der Ideenwelt spätmodernen Städtebaus mit seinem Hang zur Separierung der einzelnen Verkehrsarten auf verschiedenen Höhenniveaus. Auch die verdichtete Hochhausanlage Osterholz-Tenever wurde über eine erhöhte Fußgängerebene erschlossen. Enttäuschend muss diese Entscheidung aus des Sicht derjenigen gewesen sein, die, wie die studentischen Vertreter im Gründungssenat sich eher an den urbanen Qualitäten alter europäischer Städte orientierten, in denen gerade die dichte und vielschichtige Besetzung der Erdgeschosszonen ein entscheidender Faktor für gelebte Vielfalt war. Doch für solche grundlegenden architekturreformersische Ansätze gab es in der Gründungsphase der Bremer Reform-Uni unter dem vorherrschenden Zeitdruck keinen Spielraum. Vor allem nachdem der Bremer Senat den Start des Lehrbetriebs auf das Wintersemester 1971/72 vorverlegt hatte, waren die Pragmatiker am Zuge. Da die Bauten im Zentralbereich bis dahin nicht fertig sein konnten, mussten am Rande der Uni-Geländes Notlösungen im Schnellbauverfahren gefunden werden.

(25) Im Süden des Geländes entstanden in jeweils knapp einjähriger Bauzeit zwei Mehrzweckgebäude. Dabei arbeitete das Universitätsbauamt eng mit dem Universitätsbauamt Karlsruhe zusammen, der Zentralstelle für Typenbauplanung in Baden-Württemberg. In kurzer Bauzeit entstanden drei gekoppelte dreigeschossige Baublocks für die Geisteswissenschaften – später GW 1 genannt. Das Bausystem war komplett von einem Neubau der Universität Freiburg kopiert worden, nur die gestaffelte Anordnung der Blocks wurde dem Bremer Grundstück angepasst. So konnte die Planungszeit erheblich reduziert wurde. **(26)** Für die Unterbringung der Naturwissenschaftler entschied man sich für einen fünfgeschossigen Neubau im Schnellbauverfahren südlich der Kleinen Wümme, später NW 1 genannt. Auch dieser Bau ist die Kopie eines für eine andere Universität entworfenen Gebäudetypus, nämlich des Aufbau- und Verfügungszentrums (AVZ) der Universität Dortmund. Das GW 1 wurde pünktlich zum Beginn des Lehrbetriebs im Wintersemester 1971/72 fertiggestellt, das NW 1 war im Dezember 1971 bezugsfertig.

(27) In den Jahren 1973 bis 1975 wurden dann die meisten Gebäude des Zentralbereichs fertiggestellt. Die Bibliothek und der NW2-Komplex stammten von Architekten des Uni-Bauamtes. Bei den anderen Bauten kamen u.a. Verfasser von zwei der prämierten Wettbewerbsentwürfe zum Zuge: **(28)** Die Bremer Architektenarbeitsgemeinschaft Glade, Müller, Schmidt für das GW2-Gebäude **(29)** und die Freiburger Architektengruppe Poppe, Rudel, Wolf für den Zentralbereich, zu dem das Studentenhaus, die Mensa und das erste Studentenwohnheim auf dem Uni-Gelände gehörte. **(30)** Das 1975 eingeweihte Mehrzweckhochhaus von den Braunschweiger Architekten Henn und Petersen, das optisch das Zentrum der Universität markierte, kontrastierte mit seiner vorgehängten Fassade ein wenig zum dominierenden Beton der übrigen Unibauten. Das Gebäude nahm unter anderem das Rektorat, aber auch Seminarräume auf. Die Energiezentrale am Nordrand der Gesamtanlage stammte von dem Bremer Architekten Hans Budde.

(31) Über den Grad der Individualisierung, der sich durch die verschiedenen Handschriften der Einzelbauten ergeben sollten, mag man geteilter Meinung sein. Gestalterisch dominierte insgesamt das in industrieller Vorfertigung hergestellte Bausystem für Rohbau und Ausbau, das in seinem strengen modularen Charakter und in seiner Materialität (Sichtbeton) demonstrativ vorgezeigt wurde. Dies entsprach noch ganz dem Gestaltungsprinzip des Brutalismus, ohne die ästhetische Qualität anderer nach diesem Formkonzept gestalteter Bauten zu erreichen. **(32)** Dabei soll nicht übersehen werden, dass es in den Neubauten durchaus angenehme Orte gab. Das gilt für den ebenerdigen westlichen Zugang der GW 2-Gebäudes durch den Innenhof und der angrenzenden Cafeteria ebenso wie für die Dachterrassen des GW2-Gebäudes und der Bibliothek.

(33) Ein Teil des Unbehagens, das die Neubauten der Bremer Universität schon bald auslösten, lag sicherlich auch daran, dass, wie schon erwähnt, die ganze technische Infrastruktur in der Erdgeschosszone lag. Das führte zum Eindruck unwirtlicher Dunkelzonen, näherte man sich der Universität nicht auf einen der vorgegebenen Hauptwege. Aber auch die physische Wucht der Betonfertigteilelemente und die zum Teil gegebene räumliche Unübersichtlichkeit, konnten beklemmende Gefühle auslösen. **(34)** Auf große Kritik stieß auch der Boulevard, die erhöhte Haupterschließungsachse, die sich nun als eine dunkle, verwinkelte und zugige Fußgängerzone von rund 500 Metern Länge erwies, die im Westen und Osten abrupt abbrach. Vor allem der überdachte westliche Teil zwischen Studentenhaus und Studentenwohnheim mit künstlerischen gestalteten Lichtkuppeln, die mehr Licht nahmen als gaben, stach hier negativ hervor.

(35) Das modulare Bausystem sollte eine flexible und variable Raumnutzung begünstigen. Ganz im Sinne des Reformanspruchs der Bremer Uni wurde das auch experimentell genutzt. So gab es auf der Ebene 1 im GW 2-Komplex einen 3170 m² umfassenden Großraum, in dem eine Reformkonzeption im Bereich des Studiengangs Arbeitslehre/Politik versucht wurde. Die einzelnen Bereiche waren durch Stellwände nur unzulänglich separiert, was das konzentrierte Arbeiten erschwerte und schon bald zu Beschwerden und schließlich zu einem Rückbau in kleinere Raumeinheiten führte, aber auch zu einer Anzahl von Räumen ohne Tageslicht.

(36) Mit den Bauten für den Sportbereich von den jungen Hamburger Architekten der Planungsgruppe me di um, die 1978 fertiggestellt waren, trat architektonisch zum ersten Mal ein anderer, kleinteiligerer Maßstab in das Erscheinungsbild der Universität. Im selben Jahr erhielt die Gebäudegruppe den Bremer BDA-Preis – damit wurde ein Gebäude der Universität zum ersten Mal mit einem Architekturpreis ausgezeichnet. In der Jurybeurteilung hieß es: „In der etwas verwirrenden Versammlung von unterschiedlichen Universitäts-Bauwerken behaupten sich die Gebäude des Sportbereichs auffallend gut. Sie imponieren durch die ebenso einfache wie konsequente und selbstverständlich wirkende Konstruktion...“ Mit diesem Bauwerk war die erste Baustufe der neuen Bremer Universität abgeschlossen. Damit war aber nur ein relativ bescheidener Teil des fast 300 Hektar großen Universitätsgeländes bebaut.

(37) Und die Idee der Verflechtung? Nach wie vor wurde eine bessere städtebauliche Einbindung der Universität gesucht. Dem Plan D des Universitätsbauamtes aus dem Jahr 1970 folgte 1973 der Planungsvorschlag für den Bau einer „Universitätsstadt Bremen“. Er stammte von Mitarbeitern einer universitären Planungsgruppe, die sich unabhängig vom Universitätsbauamt mit Planungsfragen der Uni befasste. Die Verfasser plädierten für eine Abkehr von dem universitätsbezogenen Wohnen, weil dadurch nur die allgemeine gesellschaftliche Tendenz zur Segregation gefördert werde. Ausgehend von der Erkenntnis, dass das Gesamtgelände für den reinen Bedarf der Universität überdimensioniert sei, kamen sie zu dem Vorschlag, neben einer Verdichtung universitärer Einrichtungen entlang des Boulevards und im Nordteil des Unigeländes, ein blockartig strukturiertes Wohngebiet im Süden, Osten und Westen des Areals für rund 2000 Einwohner anzulegen. Die Rückkehr zu den städtebaulichen Figuren von Straße und Block stand für eine gewandelte städtebauliche Konzeption, die sowohl von den aufgelockerten Wohnzeilen (wie in der Vahr) als auch von den hochverdichteten Bauanlagen (wie in Tenever) Abschied nahm und wieder auf die urbanen Strukturen historischer Stadträume setzte. Unter anderem verhinderte der nachlassende Wohnbedarf eine weitere Verfolgung dieses Plans. Ebenfalls ohne bauliches Resultat blieb ein 1975 ausgeschriebener Ideenwettbewerb „Uni-Ost“. An der Ostseite der Universität sollte ein Wohngebiet entstehen, um die Universität besser an die bestehenden Strukturen des Stadtteils Horn-Lehe anzubinden.

(38) So lag denn die neue Bremer Universität Ende der 1970er Jahre wie eine Insel in einem steppenartigen Bauerwartungsland, für dessen weitere Bebauung aber sowohl das Geld als auch schlüssige städtebauliche Konzepte fehlten. Die ursprünglich geplante Erweiterung zur Gesamthochschule war ebenso ad Acta gelegt worden wie der Bau eines Universitätsklinikums. Die Anschubfinanzierung durch die Länder lief aus. Von der einsetzenden wirtschaftlichen Strukturkrise war Bremen besonders stark betroffen. Die optimistischen Wachstumsprognosen der 1960er Jahre hatten sich nicht verwirklicht, seit 1970 schrumpfte der Bevölkerungszahl der Stadt kontinuierlich. **(39)** Um das trostlos wirkende Umfeld der Uni wenigstens landschaftsgestalterisch aufzuwerten, entwickelte der schwedische Landschaftsarchitekt Gunnar Martinsson auf Einladung von Bau-Staatsrat Kulenkampff einen entsprechende Vorschlag, der den fließenden Landschaftsraum im Uni-Umfeld mit kreisförmig angelegten Gehölzgruppen gliedern sollte. Doch bevor es zu solch radikalen Nicht-Bau-Lösungen kam, traten andere Entwicklungen ein:

(40) Den entscheidenden Impuls für eine bauliche Weiterentwicklung gab es Anfang der 1980er Jahre, nachdem vom Senat eine konzeptionelle Umorientierung der Universität eingeleitet worden war. Der neue städtebauliche Gesamtrahmen für das weitere Umfeld der Universität folgte 1987 unter dem Stichwort Technologiepark. Der im Laufe der 1980er Jahre gegen Bedenken vor allem aus dem Kreis der Geistes- und Sozialwissenschaftler durchgesetzte Strukturwandel sah vor:

- + Reduzierung der Lehrerausbildung zugunsten der Diplom- und Magisterstudiengänge,
- + Erhöhung der Kapazität natur- und ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge,
- + Einführung eines akademischen Mittelbaus,
- + Förderung der Drittmittelforschung,

- + deutliche Erhöhung der Studentenzahlen
- + Wissenstransfer zwischen Forschung und Wirtschaft sowie Weiterbildung.

(41) Das schlug sich bald auch schon baulich nieder. 1983 eröffnete der neue Studiengang Produktionstechnik, der seinen Neubau Ingenieurwissenschaften 1 (IW1) ein Jahr später beziehen konnte. Er war der Vorläufer einer neuen Generation von Universitätsbauten, die sich deutlich von den Gebäuden der ersten Generation unterschieden – nicht nur formalästhetisch, sondern auch strukturell. Waren die Hauptmerkmale der Bauanlagen der ersten Generation Betonskelettkonstruktionen mit leichten Fassaden und vorgesetzten Fluchtbalkonen, versetzbare Trennwandsysteme, klimatisierte Großräume, die nur schwer durch Tageslicht ausreichend belichtet werden konnten, sowie eine gewisse räumliche Unübersichtlichkeit, so wurden nun einfache klare Erschließungssysteme, Verzicht auf dunkle Innenzonen, tragende Wandsysteme, massive Mauerwerksfassaden sowie der Verzicht auf Klimatisierung bestimmend. Weitere Neubauten im Zentralbereich der Universität folgten. 1985 begannen die Planungen für den ersten Bauabschnitt des neuen Instituts für Geowissenschaften, zwei Jahre später die Planung eines Hörsaalgebäudes mit zwei Sälen. Während diese drei Bauwerke noch an die Haupteerschließungsebene des Zentralbereichs, den Boulevard angeschlossen waren, wurden die im weiteren Umfeld geplanten Neubauten ebenerdig erschlossen, also auf jenem Niveau, das beim Zentralbereich lediglich der technischen Infrastruktur vorbehalten geblieben war.

(42) Den Auftakt machte bereits 1986 das von der Stadt geförderte Bremer Innovations- und Technologiezentrum (BITZ), das Unternehmensgründern in ihrer Startphase Räumlichkeiten, Know-how und Service-Leistungen bot. In gewisser Hinsicht gilt dieses Bauwerk, die erste nicht-universitäre Einrichtung im unmittelbaren Umfeld der Universität, als erster Baustein für den späteren Technologiepark. Weitere Institutsbauten waren in Planung. 1985 wurde das „Zentrum für angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation“ (ZARM), das eng mit der Luft- und Raumfahrtindustrie kooperierte, gegründet. **(43)** Zudem war, nördlich an das IW1-Gebäude anschließend, ein Forschungszentrum für Oberflächentechnik geplant. Darüber hinaus etablierten sich ein „Bremer Institut für Betriebstechnik und angewandte Arbeitswissenschaften“ (BIBA), ein „Zentrum für Humangenetik“ (ZHG) sowie ein Institut für Mikroelektronik, für die neue Gebäude geplant wurden. Die rasch gewachsene wissenschaftliche Reputation spiegelte sich nicht zuletzt darin wider, dass die Bremer Universität 1986 in die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) aufgenommen wurde.

(44) Darüber hinaus sollten sich auch Unternehmen mit einem inhaltlichen Bezug zu den Schwerpunkten der Universität in deren Umfeld ansiedeln dürfen. Das Konzept einer räumlichen Zusammenführung von universitären Instituten und Unternehmen hatte man vom Technologiezentrum der Universität Dortmund entliehen. Um zu verhindern, dass die sich abzeichnende rasche Wachstumsdynamik im Umfeld der Universität gestalterisch zu dem typischen ungeordneten Erscheinungsbild eines Gewerbegebiets am Stadtrand entwickle, bildete sich im Februar 1987 eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der verschiedenen senatorischen Resorts, der Wirtschaftsförderung und der Universität mit dem Ziel, Rahmenbedingungen für einen technologieorientierten Verdichtungsraum zu

entwickeln. Unterstützend wurden drei Gutachten in Auftrag gegeben: ein Nutzungskonzept, ein städtebauliches Gutachten und ein landschaftsökologisches Gutachten. Einen besonderen Eindruck hinterließ das städtebauliche Gutachten aus dem Büro des Kölner Architekten Gottfried Böhm, das mit seinen Kohlezeichnungen eher einer Milieu-Studie als einem klassischen stadtplanerischem Entwurf glich und wie ein Plädoyer für ein eindeutiges Gestaltungskonzept interpretiert wurde. Böhm schlug vor, das alte, auf der Trennung des Verkehrs in zwei Ebenen basierende Bebauungskonzept des Zentralbereichs nicht weiter fortzusetzen und stattdessen im Umfeld der Universität zu einer klassischen Blockbebauung mit durch klare Raumkanten und Baumreihen gestalteten Straßen- und Platzräumen als primäre Gliederungselemente des öffentlichen Raums zu einem Muster zurückzukehren, das vom Barock bis zu den reformerischen Ansätzen des frühen 20. Jahrhundert den Städtebau dominiert hatte. Eine Beschränkung der Gebäudehöhen auf drei Stockwerke und die Verwendung des Ziegelsteins als einheitliches und für Norddeutschland charakteristisches Fassadenmaterial waren weitere Anregungen Böhms. Diese Vorschläge wurden zu einem großen Teil in die Bauleitplanung für das erweiterte Unigelände, das nun Technologiepark genannt wurde, eingearbeitet. Für die öffentlichen Gebäude waren Architekturwettbewerbe vorgesehen.

(45) Der dadurch gewährleistete hohe architektonische Qualitätsstandard führte dazu, dass der Technologiepark bald auch in überregionalen (Fach-)Medien Beachtung fand. Die größte öffentliche Aufmerksamkeit erregte der 1990 eingeweihte Fallturm, der umgehend als Wahrzeichen des Technologieparks angenommen wurde. Zahlreiche Neubauten der Universität und des Technologieparks, die hier nicht im Einzelnen angeführt werden können, wurden in den 1980er und 1990er Jahren mit Architekturpreisen ausgezeichnet. Ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit übertraf bei weitem die Bauten der ersten Bauphase. Betrachtet man die ästhetischen Richtungen dieser Neubauten, so ist für die 1980er und frühen 1990er Jahre eine Orientierung an den verschiedenen Facetten der postmodernen Architektursprache festzustellen. Im Technologiepark dominierte zunächst eine auf Symmetrie und monumentale Ausstrahlung setzende Spielart des sogenannten Neo-Rationalismus, der seine Vorbilder in der damals aktuellen italienischen Architekturentwicklung suchte. Allen postmodernen Spielarten gemeinsam war ein tabufreier Umgang mit Vorbildern aus der Architekturgeschichte. **(46)** Ab Mitte der 1990er Jahre setzte sich wieder eine neomodernistische Formensprache durch, die allerdings mit der Spätmoderne der ersten Baustufe kaum etwas gemeinsam hatte. Bestes Beispiel dafür ist die im Jahr 2000 fertig gestellte Glashalle als neues Entre der Uni. Mit ihrer Ausstrahlung von Leichtigkeit, Transparenz, mit ihrem legeren Ambiente und ihre innovativen Konstruktion setzt sie einen klaren Kontrast zu den schwer wirkenden Betonkonstruktionen der Altbauten aus den 1970er Jahren.

(47) Nachdem in der Gründungsphase vorgesehen war, dass eine seinerzeit projektierte U-Bahn als Hochbahn auf Ebene 2 über dem Boulevard eine Haltepunkt hat, konnte 1999, rund dreißig Jahre später, endlich mit der Verlängerung einer Stadtbahnlinie die Universität leistungsfähig mit dem öffentlichen Personennahverkehr erreicht werden. Die Haltestelle „Universität Zentralbereich“ liegt nun, wie könnte es anders sein, zu ebener Erde. Mit dem

Bau der Glashalle einher ging eine optische Auffrischung des Boulevards, der sein schwer wirkendes Dach einbüßte. **(48)** Optische Auffrischungen und funktionale Verbesserungen erfuhren auch andere Altbauten wie die Mensa, das Mehrzweckhochhaus und der GW 2-Komplex. **(49)** Eine neue Grüne Mitte, die auf die Universität und auf den Technologiepark gleichermaßen ausstrahlt, entstand 2010 mit dem Campus-Park. 2026 könnte eventuell das geplante Hörsaal- und Veranstaltungszentrum zu einem neuen Wahrzeichen der Bremer Universität werden.

(50) Vergleicht man die Gegenwart des Uniareals mit der Situation Ende der 1970er Jahre, so muss zweifellos von einer Erfolgsgeschichte gesprochen werden. Aber wie ist eigentlich diese bauliche Agglomeration städtebaulich zu bewerten? Ausgangspunkt war der Traum von einer isolierten Campus-Universität, dann wurde es die „stadtbezogenen Universität in Stadtrandlage“, dann dominierten unterschiedlichen Interpretationen einer Verflechtung von Universität und Stadt, dann wurde die Universität gebaut – pragmatisch und ohne wirksame stadträumliche und soziale Verflechtung. Nur die Bezeichnung „Boulevard“ weckte vage Erinnerungen an das städtische Leben, das hier nicht stattfand. Ab den späten 1980er Jahren findet im Zuge des Technologieparks eine stadträumliche Verdichtung statt, die sich an dem Stadtbild historischer Städte orientiert. Doch ist mit diesem Stadtbild auch schon Stadt hergestellt? Auch wenn in den letzten Jahren mit der Schaffung von Wohnungen vor allem für Studierende der Wohnanteil im Umfeld der Uni zugenommen hat, bleibt der Gesamteindruck doch eher der eines monofunktionalen, durch Arbeit und Uni-Betrieb geprägten Stadtteils, der nach Feierabend und zum Wochenende gewissermaßen leerläuft.

Dazu noch zwei sprachliche Beobachtungen: 1. Warum verwendete man eigentlich für den „Technologiepark“, dessen Konzept doch das Bild der traditionellen Stadt heraufbeschwört, den Begriff „Park“? Warum heißt es nicht „Technologiestadt“? Die Stadt als Park (bzw. als Landschaft) entsprach doch eher dem Leitbild des Nachkriegsstädtebaus. 2. Auch die Bezeichnung Campuspark für den zentralen Grünraum mag irritieren. Ist damit die nachträgliche Akzeptanz der Ursprungsidee zu Ausdruck gebracht? Obwohl seit den späten 1970er Jahren die städtebaulichen Leitbilder der Nachkriegsmoderne ausgedient zu haben schienen zugunsten einer neuen Urbanität, ist die Liste der Beispiele von neu geschaffenen Vierteln mit gut funktionierender gemischter Nutzung nur kurz. Die Charta von Athen scheint also einen langen Atem zu haben. Die Gründe dafür sind vielschichtig: Die Kurzfristigkeit politischer Entscheidungen und ihre Abhängigkeit von Klientel-Interessen, das mehrheitlich praktizierte Mobilitätsverhalten, wirtschaftliche Expansionsbedürfnisse, die Baugesetzgebung und andere mehr. Städtebauliche Leitbilder werden durch solche Gründe häufig blockiert oder verfälscht.

(51) Aber es kann auch anders herum laufen: Die Hinderungsgründe können sich verflüchtigen und alten städtebauliche Leitbilder eine neue Chance geben. Ironie der Geschichte: 52 Jahre nachdem 1969 das Verflechtungs-Gutachten des Göttinger Sozialforschungsinstitut Dependancen der Universität im übrigen Stadtgebiet vorgeschlagen hatte, könnte dieser Gedanke nun sogar im Stadtzentrum umgesetzt werden. Die jahrzehntelange monofunktionale Ausrichtung der Innenstadt auf den Einzelhandel scheint

ausgedient zu haben. Wer, wie ich, einige Jahre in einer alten Universitätsstadt mit Hochschuleinrichtung im Stadtkern gelebt hat, weiß, wie belebend sich das auf die Atmosphäre im Herzen der Stadt auswirkt. Darum ist zu hoffen, dass dieser Umzug ins Zentrum gelingt.

Vortrag im Rahmen der Reihe „Rückblick – Einblick – Ausblick. Streifzüge durch 50 Jahre Universität Bremen“ gehalten am 20. Mai 2021

((0 In Klammer gesetzte Ziffern verweisen auf die jeweiligen Folien der Präsentation)